

1140/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Weiterentwicklung des österreichischen Grundrechtskatalogs

Gemäß § 91 GOG wird um eine klare und eindeutige Ja/Nein Beantwortung folgender Frage über die Weiterentwicklung der staatsbürgerschaftlichen Rechte zur Sicherstellung der Gleichberechtigung und der demokratischen Rechte aller Bundesländer, zur Garantie von Grund - und Freiheitsrechten in Österreich sowie zur Schaffung eines rechtsstaatlichen Verfahrens bei behaupteter Verletzung von Grundwerten und zur sofortigen Aufhebung von Maßnahmen gegen österreichische StaatsbürgerInnen ersucht

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

Werden Sie als Bundeskanzler im Zuge der Überarbeitung des österreichischen Grundrechtskatalogs mit allen Mitteln sicherstellen, dass die folgenden Zielsetzungen erreicht werden:

- die sofortige Aufhebung der von Mitgliedern der Exekutive ungerechtfertigt verhängten Strafmandate gegen einzelne StaatsbürgerInnen;
- Ausbau Österreichs als umfassende Gemeinschaft gleichberechtigter BürgerInnen, die allen gleiche Rechte und Pflichten garantiert;

- Sicherstellung, dass Österreich das Grundrecht des aktiven und passiven Wahlrechts bei allen Wahlen jeder Bürgerin/jedem Bürger ein räumt und den freien Wettbewerb aller demokratischen Parteien insbesondere durch Ausbau der Minderheitsrechte im Nationalrat sowie die Versammlungsfreiheit für alle BürgerInnen achtet;
- klare Aufgabenteilung zwischen der Bundesebene und den Bundesländern sowie Aufwertung von Regionen;
- Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Verfahrens bei behaupteter Verletzung von Grundwerten der Republik mit richterlicher Kontrolle und genereller Gewährung aufschiebender Wirkung?

O Ja

O Nein